

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Spd/III/43

Hannover, 12. April 1948

Das deutsche Lublin-Komitee

P.R. Beharrlichkeit ist ein Hauptkennzeichen russischer und damit kommunistischer Methodik. Das bisherige Rezept der politischen Machterweiterung hat den Russen in fast allen Fällen, in denen es angewendet wurde, Erfolg gebracht. Warum sollte man es also aufgeben? Der klassische Präzedenzfall dieser Methode war die Gründung des Lublin-Komitees, jener vom Krenz eingesetzten polnischen Regierung zur Zeit der aus Polen zurückflutenden deutschen Armeen. Sie wurde die Keimzelle der gegenwärtigen polnischen Regierung von Moskau aus.

Die russische Politik wendet diese Methode dort an, wo es darauf ankommt, sich frühzeitig die politische Gewalt in einem teilweise noch von einem mächtigen Feind besetzten Lande zu sichern, unter gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Fiktion, es handele sich um eine selbständige und nicht im russischen Auftrag zustandegekommene Regierung. (In den südöstlichen Ländern, einschliesslich der Tschechoslowakei, ergab sich aus einer anderen Situation, d.h. dem Fehlen eines ebenbürtigen oder stärkeren Gegenspielers die Wahl auch einer anderen Methode). Für Deutschland aber trifft der polnische Fall zu. Freilich abgewandelt haben heute die westlichen Alliierten, auch ohne Krieg, die Rolle der damaligen Hitler-Armeen in der russischen Vorstellung übernommen, Pieck und Grotewohl spielen den Part der Herren Bierut und Gomolka und im sogenannten Volkerat feiert das ganze Lubliner Komitee seine Wiedererstehung.

Es ist eine der erstaunlichsten Erscheinungen, dass die Initiatoren der russischen Ausbreitungspolitik in der Wahl ihrer Mittel geradezu stupid orthodox sind, ohne dass sie fürchten, dadurch an Anziehungskraft zu verlieren. (Aber sie verlieren in Wirklichkeit und nirgends mehr als in Berlin, wo unmittelbare Anschauungs- und Vergleichsmöglichkeiten bestehen). Über die Technik der Volkskongresse, des Volksrates und des geplanten Volksbegehrens soll hier nicht gesprochen werden. Der politische Sinn, der hinter all dem steht, ist aber unverkennbar: Die nationalistische Gefühlswelt des deutschen Spiessers zu mobilisieren, ihn wieder einmal mit grossen Worten trunken

zu machen, in ihm Illusionen zu wecken, ihm gleichzeitig aber - eine bezeichnende Spekulation auf seinen verworrenen politischen Sinn - die Furcht vor dem Kriege und einem unentzimbaren, dunklen Schicksal zu suggerieren, um ihn knieweich zu machen.

Soweit verläuft alles in eingefahrenen Gleisen. Aber in einem entscheidenden Punkt unterscheidet sich die Situation von der früherer Jahre: in der Stärke bzw. Schwäche Russlands. Die Sowjetunion zur Zeit des eigentlichen Lubliner Komitees stand gegen einen zusammenbrechenden Feind und an der Seite starker Verbündeter, die heute ihre Gegenspieler sind, ohne dass sie durch den Krieg annähernd so gelitten haben wie Russland selbst. Die übermächtigen USA haben sogar einen unerhörten Machtzuwachs zu verzeichnen. Die Russen fordern ihren Partner durch immer neue Massnahmen heraus. Das gehört zu ihrer Taktik. Aber sie können ihre Grenzen im Grunde sehr genau, auch das haben gerade die letzten Tage mit ihrem Wechselspiel von Vorstoss und Rückzieher gezeigt. Sie sind zu klug, um sich durch ihre relativ günstige Berliner Position zu unberechtigten allgemeinen Rückschlüssen verleiten zu lassen.

Das Gerede von der Kriegsgefahr soll die Menschen lähmen und reif für den politischen Defaitismus machen. Auf dem weiten Felde des europäischen Südostens zwischen Sofia und Prag ist das gelungen. Aber anders ist es, wo Widerstand von einer nicht nur ebenbürtigen, sondern, auf's Ganze gesehen, überlegenen Kraft erkennbar wird. Wird dieser Widerstand aber auf die Dauer und mit Erfolg geleistet werden können? Wir glauben es mit Bestimmtheit und, was weit wichtiger ist, die Russen glauben es im Grunde auch.

Die Angelsachsen und ihre Freunde überall in der Welt haben den Willen und die Fähigkeit, to stop the Soviets. Das ist inzwischen klar geworden. Sie taten es seinerzeit auch mit Hitler, freilich mit russischer Hilfe, die sie selbst damals erst wirksam machten und die sich heute in Gegnerschaft gewandelt hat. Aber Hitler-Deutschland war damals wesentlich stärker als heute und in absehbarer Zeit das durch unerhörte Kriegsverwüstungen in Mitleidenschaft gezogene Russland trotz seines erweiterten Machtbereiches ist. Neben diesen Willen und diese Fähigkeit der anderen muss die deutsche Entschlossenheit treten, in der gleichen Richtung zu arbeiten. Die Mittel sind andere, sie sind, zunächst jedenfalls, weder wirtschaftlicher, noch, auf die Dauer, militärischer, sondern vor allen Dingen psychologischer Art. Hier muss ein fester Damm gegen die neue totalitäre Versuchung errichtet werden, dann werden auch der Versuch mit dem deutschen Lublin-Komitee und andere ähnliche Manöver fehlschlagen. (m/1/124/2/he)

"Während des ganzen vorigen Jahres schäumte die kommunistische Wut gegen die Zusammenhaltgedanken der Internationalen Sozialdemokratie. Nicht zuletzt in dieser Serie von Angriffen konnte man klar und deutlich den Beginn vom Wiederaufsteigen der Komintern in kominformierter Gestalt erkennen." "Morgen Tidningen"

Kommunistische Ebbe in Frankreich

A.F. Paris, im April

Seit einigen Monaten können in Frankreich gewisse Schwächeanzeichen der kommunistischen Bewegung beobachtet werden. Die Ereignisse in der Tschechoslowakei und der Marshallplan sind eine Belastung für die Partei, die nach und nach ihre Anhänger in den Reihen des Kleinbürgertums und der Bauernschaft verliert. Das wurde in allen Neuwahlen, die nicht in ausgesprochenen Arbeitervierteln stattfanden, offenbar.

Die französischen Kommunisten scheinen ferner geldknapp geworden zu sein. Die vorübergehende Blockierung der 5.000-Franken-Noten soll sie empfindlich getroffen haben: über 100 Mill. Franken, die frühestens Anfang Juli wieder verfügbar werden. Das einst sehr dichte Netz der Parteipresse lichtet sich mehr und mehr. Vier Tageszeitungen in der Provinz haben ihr Erscheinen eingestellt oder sind in Wochenblätter umgewandelt worden. Eine kommunistische Wirtschaftszeitung in Paris ist dieser Tage eingegangen. Man rechnet ferner mit dem Verschwinden der literarischen Wochenschrift "Lettres Françaises", die besonders in intellektuellen Kreisen für den Kommunismus warb, mehr oder weniger geschickt getarnt. Das Zentralorgan der Partei "L'Humanité" bemüht sich augenblicklich eifrig, zu seiner Rettung durch Sammlungen fünf Mill. Franken aufzubringen. Die schwierige Lage der kommunistischen Presse erklärt sich wohl teilweise durch einen Rückgang der Leserschaft, die für das Zentralorgan besonders ins Gewicht fällt, da die Partei sicherlich aus Prestige Gründen die regelmässig veröffentlichte Auflagezahl auf ihrer bisherigen Höhe aufrechterhalten will. Die kommunistischen Zeitungen haben seit einigen Monaten nicht die geringsten Reklameeinnahmen. Selbst die "Humanité" erscheint an manchen Tagen trotz ihrer offiziell sehr hohen Auflage ohne jedes Inserat. Schliesslich erhalten die kommunistischen Zeitungen seit dem Ausscheiden der Partei aus der Regierung keine Unterstützung mehr aus dem ministeriellen Geheimfonds, die wahrscheinlich manche andere Zeitung über Wasser halten.

Die augenblickliche politische Zurückhaltung der Kommunisten Frankreichs kann ebenfalls in gewissem Sinne als Schwächezeichen gewertet werden. In den Reihen der Arbeiterschaft herrscht grosse Müdigkeit. Man ist neuen Streiks gegenüber misstrauisch, weil man inzwischen darauf gekommen ist, dass jede neue nominale Lohnerhöhung die wirtschaftliche Lage der Massen verschlechtert. Schliesslich können die Massen nur schwer verstehen, weshalb man ihnen die amerikanische Hilfe vorenthalten will und warum sie auf den wirtschaftlichen Aufstieg ihres Landes zu Gunsten politischer Erwägungen verzichten sollen.

Die Arbeiterklasse freilich hat bisher in ihrer grossen Mehrheit der kommunistischen Partei ihr Vertrauen noch nicht entzogen. Einzelweilte Kreise behaupten sogar, dass es den Kommunisten gelungen sei, die anlässlich der Streiks Ende 1947 erlittenen Verluste wieder weitgehend gut zu machen. Es ist der antikommunistischen Gewerkschaftsbewegung "Force Ouvrière" nur sehr schwach gelungen, in der eigentli-

chen Arbeiterschaft Fuss zu fassen. Ihre Stärke sind die Beamten, die Postler, die Angestellten und die Eisenbahner. Gewiss, die kommunistische C.G.T. hat ihren Mitgliederstand von sechs Millionen auf vier oder gar drei Millionen zusammenschwinden sehen, aber nur ein Bruchteil dieser Abtrünnigen ist zur "Force Ouvrière" übergegangen.

Wenn der Arbeiter, der heute noch zu den Kommunisten hält, die Freiheit höher einschätzt, als die demagogisch versprochene soziale Gerechtigkeit, wenn sein gesunder Menschenverstand ihn begräufen lässt, dass die kommunistische Verteidigung der Arbeiterinteressen nur ein Mittel zum Zweck ist, nämlich zur Stärkung des Einflusses der Sowjetunion in Europa, dann wird er sich in die Neutralität, in die politische Absichtsstellung flüchten. Die Hauptstärke der Kommunisten liegt heute in der mangelnden Anziehungskraft der anderen politischen Bewegungen auf die Arbeiterklasse.

Es ist kaum damit zu rechnen, dass die französischen Kommunisten in absehbarer Zukunft einen neuen Massenangriff gegen die Republik unternehmen werden. Entscheidend dürfte hierfür der Ausgang der italienischen Wahlen sein.

Eine "Säuberung" innerhalb der Partei ist nicht ausgeschlossen, da man seit einiger Zeit zu wissen glaubt, dass Moskau mit der Parteileitung recht unzufrieden sei. Nach und nach verlor sie sämtliche Machtstellungen, liess sich auf einen gescheiterten Generalstreik ein und trug zur politischen und wirtschaftlichen Ermüdung der Arbeiterklasse bei. 1945 war eine Regierungsübernahme durch Thorez durchaus möglich, 1948 wird das Verbot der Partei ernstlich in Erwägung gezogen. Diese Bilanz ist kein gutes Zeugnis für die bisherigen Führer der Partei, und Moskau kennt keine Rücksicht auf die Erfolglosen... (b/94/Al8/2/he)

England besteuert Luxus und Grossverdiener

sp. Sir Stafford Cripps hat als Finanz- und Wirtschaftsminister auch in der bürgerlichen Presse seines Landes Anerkennung für den Mut und die Umsicht gefunden, mit denen er den neuen Haushaltsplan aufgestellt hat. Es ist ihm, wie der liberale "Manchester Guardian" schreibt, gelungen, die Forderungen einer gesunden Finanzpolitik mit denen des Sozialismus zu verbinden. Die Kritiker von rechts - nicht nur in England - behaupten, dass eine sozialistische Politik die Finanzen eines Landes nicht meistern könne, sind zu verlegenem Schweigen verurteilt, und die Kritiker von links, die der Regierung vorwerfen, dass sie dem Kapital nicht zu Leibe zu gehen wage, haben einen Beweis dafür erhalten, dass der Finanzminister dieser Regierung den Angriff auf die Grossverdiener nicht ausgewichen ist.

Die wichtigsten Neuerungen, die der neue Steuerplan gegenüber den bisherigen englischen Steuern aufweist, sind die Einführung einer einmaligen Kapitalabgabe für alle, die mehr als zweitausend Pfund im Jahre verdienen und Einkommen aus Kapitalanlagen beziehen, und erhebliche

Steuererleichterungen für die unteren und mittleren Einkommensgruppen.

Es handelt sich um einen sozialen Ausgleich der steuerlichen Belastung, um die praktische Anwendung des von Stafford Cripps ausgesprochenen Grundsatzes, dass "die Besitzer grosser Kapitalanlagen einen besonderen Beitrag leisten müssen, um dem Lande in seiner jetzigen Notlage zu helfen." Cripps erwartet, dass die einmalige Kapitalabgabe der Staatskasse 150 Millionen Pfund zuführen wird - ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der englischen Staatsfinanzen. Der neue Haushaltsplan wird einen Überschuss von 300 Mill. Pfund ergeben, was genau der Summe entspricht, die England als Anleihe von Amerika erhält.

Das wirtschaftspolitische Problem, das der englischen Regierung neben der Verschuldung ans Ausland die ernsteste Sorge bereitet, ist die Gefahr der Inflation. Die Menge der in England hergestellten Waren, die zu einem grossen Teil exportiert werden müssen, wenn England seine Auslandsverschuldung nicht ins Ungemessene vermehren will, reicht nicht aus, um die in den Kriegsjahren gestaute Kauflust der Bevölkerung zu befriedigen. Die Folge ist ein dauerndes Anziehen der Preise, was natürlich zu erhöhten Lohn- und Gehaltsforderungen führt. Seit geraumer Zeit schon ist die Regierung bestrebt, dieser "Spirale" Einhalt zu tun, und der Lohn- und Preisstop, den Attlee im März verkündete, war der bisher entschiedenste Schritt auf dem Wege der Inflationsbekämpfung. Die erhöhte Belastung des Kapitals soll nun die Kritiker aus Gewerkschaftskreisen zum Verstummen bringen, die erklärten, dass man einseitige Opfer von der Arbeiterschaft verlange, während die Profite geschont würden. Die Kapitalbelastung soll gleichfalls dazu dienen, eine besonders reichlich fliessende Quelle der Kauflust, eben die der Grossverdiener, einzudämmen.

Dem Kampf gegen die Inflation dienen schliesslich auch die Senkung der Staatsausgaben um 200 Mill. Pfund und die Erhöhung der Luxussteuern. Cripps hat die Steuern auf Bier, Tabak und Fussballwetten weiter erhöht, um damit die Luxusausgaben einzuschränken, für die in England weite Kreise des Volkes, auch der Arbeiterschaft, einen erheblichen Teil ihres Einkommens verwandt haben. Die Erhöhung der Tabaksteuer bedeutet, wie Cripps erklärte, eine "Mahnung" an die Raucher, sich weiter einzuschränken. Denn der Tabak, der in England geraucht wird, ist fast gänzlich amerikanischen Ursprungs und belastet die englische Handelsbilanz mit den USA. Das erklärt das strenge Festhalten der Labour-Regierung an einer Steuer, die oft als unsozial kritisiert wurde, weil sie natürlich den Grossverdiener viel weniger empfindlich trifft als den kleinen Arbeiter und Angestellten.

Ein scheinbar unbedeutender Punkt im Haushaltsplan hat sehr starke Beachtung gefunden: die Herabsetzung der Theatersteuer. Sie wird als sichtbares Zeichen für das Verständnis aufgefasst, das die Regierung für die kulturellen Bedürfnisse des Volkes und für die schwierige Lage vieler und oft gerade der künstlerisch ehrgeizigsten Bühnen und Konzertinstitute des Landes aufbringt. Mit dieser Massnahme hat sich Sir Stafford Cripps nicht nur als kluger Finanzpolitiker, sondern auch als guter Kulturpolitiker erwiesen.

G. Gl.

(m/124/2/he)

Kommunistisches Sabotage-Komplott an der Ruhr

Nach einer Meldung der "New York Herald Tribune" aus Düsseldorf wurde eine politische Invasion an der Ruhr durch eine kleine, bestens geschulte Gruppe kommunistischer Agenten aufgedeckt, deren Aufgabe es ist, eine Untergrundbewegung zur Sabotage des westdeutschen Wiederaufbaues im Rahmen des europäischen Hilfsprogramms zu organisieren. "Ihr Auftreten als ehemalige deutsche Kriegsgefangene, die von den Russen seit der Kapitulation festgehalten wurden, ist", wie das Blatt schreibt, "von den Abwehrdiensten der Alliierten seit langem erwartet worden. Es handelt sich bei ihnen entweder um deutsche Offiziere oder um Nichtkommunisten, die vorzüglich gepflegt wurden, gesund sind und sehr verschwiegen. Sie wurden während zweier Jahre oder auch in kürzerer Zeit für die Kommunistisierung Deutschlands und für ein enges Bündnis mit der Sowjetunion geschult. Seit ihrer Ankunft tobt zwischen den alten 'deutschen Kommunisten' und den neuen 'Stalin-Kommunisten' ein heftiger Kampf. Diese neuen Agenten sind in letzter Zeit in allen kommunistischen Parteibüros des Ruhrgebietes eingesetzt worden, auf das sich in erster Linie das kommunistische Bemühen um die Sabotage des europäischen Hilfsprogramms konzentriert. Ihre Hauptaufgabe ist es, kommunistische Zellen im klassischen Untergrund-Organisationstyp zu bilden und als Instrukteure für die örtlichen Parteimitglieder zu wirken, die noch nicht für 'politische Aktions'-Ausschusstätigkeit geschult sind. Der Organisator dieser neuen Gruppe politischer Agenten soll Alfred Zeidler, Harne, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei an der Ruhr, sein." (m/265/124/2/he)

Die Marshall-Konferenz der sozialistischen Parteien

sp. In der am 24. und 25. April in Paris stattfindenden Konferenz der sozialistischen Parteien der sogenannten Marshallplan-Länder, auf der ein Aktionsprogramm für die Schaffung eines Vereinigten Europas festgelegt werden soll, werden ausser den Delegierten Deutschlands (Ollenauer, Prof. Dr. G. Schmid, Hensler und Eichler), Österreichs, Belgiens, Griechenlands, Dänemarks, Englands, Hollands, Norwegens, Schwedens, der Schweiz, Islands, Luxemburgs und Frankreichs auch Vertreter der italienischen Arbeiterpartei Saragats und der Sozialistischen Einheitspartei Lombardes und Silones teilnehmen. Spanien wird durch unigrierte spanische Republikaner, die der sozialistischen Arbeiterpartei angehören und von dem früheren Ministerpräsidenten Leopoldo Llopis vertreten. Die sozialistischen Parteien Kanadas und Palästinas entsenden ebenso wie die Provinz Venezia Giulia Beobachter. (m/124/323/2/he)

Polnischer Altesozialist gemassregelt

Als ein Opfer der Unterwerfung der polnischen Sozialdemokraten unter die Kommunisten wird in Warschau der 70jährige Jaroslaw Drobnar betrachtet, der wegen zum Rücktritt von der Führung der Partei in Krakau gezwungen wurde. Jaroslaw Drobnar, der zu den ältesten Sozialdemokraten Polens gehört und ein scharfer Gegner aller Fusionsbestrebungen mit den Kommunisten ist, spielte eine wichtige Rolle bei der Bildung des Komitees polnischer Patrioten in Moskau und später in der Lubliner Regierung. (m/124/323/2/he)

Verantwortlich: Peter Raunau